

Kommunale Impfzentren sind erfolgreich

– Impfkoordinatoren brauchen Sicherheit!

Landkreistag fordert: „Zurück zur Sachlichkeit – Impfstoff ist kein ‚Wahl-Kampfstoff‘.“

Die aktuelle Diskussion um die Verimpfung von Restdosen und die Impfstrategie allgemein nimmt der Landkreistag Rheinland-Pfalz zum Anlaß an eine sachliche Diskussion zu appellieren.

„Die kommunalen Impfzentren sind eine Erfolgsgeschichte! Der Einsatz des engagierten und äußerst motivierten Personals wird von allen Seiten gelobt, nur scheint das in Teilen der Landespolitik nicht überall angekommen zu sein“, so Günther Scharz, Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz. Die Antwort des Gesundheitsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der SPD läßt hier aufhorchen, denn hier äußert das Ministerium Zweifel an der Flexibilität der Impfzentren und fällt den Impfkoordinatoren in den Rücken.

Der Landtagswahlkampf, ein Bürgermeisterwahlkampf im Donnersbergkreis, die vielfältigen Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen, sowie die allgemeine Diskussion über die Impfstrategien würden zunehmend vor Ort auf dem Rücken des kommunalen Personals ausgetragen. Dies belastet zunehmend die Arbeit und Flexibilität in den Impfzentren und sei vor allem demotivierend für die Impfkoordinatoren. Dies sei ihm bei seinem Besuch im Trierer Impfzentrum bestätigt worden und werde aus dem Kreis der Landrätinnen und Landräte zunehmend geäußert. Scharz verweist hier speziell auf die Behandlung der sog. „Restdosen“ hin. „Hier wurde eindeutig zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Gesundheitsministerium vereinbart, dass bei der Verimpfung von Restdosen größte Flexibilität möglich sein muss, damit keine

Impfdose verfällt! Wenn jetzt aber von ministerieller Seite behauptet wird, dass Reste zwingend in einer Prioritätsstufe zu verimpfen seien, dann ist das nicht richtig. Wir waren uns gerade am Anfang der Impfungen wegen der eingeschränkten Transport- und Lagerfähigkeit des BioNTech- Impfstoffs immer einig, dass jede Impfspritze genutzt werden muss und man bevorzugt Mitarbeitende des Rettungsdienstes und andere geeignete Gruppen hierzu heranzieht. Dazu muss die Landesregierung auch stehen, denn sie stellt ja immer gerne die guten Impfquoten im Bundesvergleich heraus. Es wurde von Anfang an darauf hingewiesen, dass es beim Betrieb von Impfzentren holpern kann. Nun aber jeder „Rest-Impfspritze“ nachzuforschen stelle die Impfkoordinatoren unter Generalverdacht, so Schartz.

Bisher habe man immer auf die mündlichen Absprachen mit der Regierung vertraut. Wenn das nicht mehr gelte, dann brauche man schriftliche Handlungsanweisungen. Das schränke dann aber die Arbeit ein und helfe in der Sache wenig, denn schon jetzt würden die Impfkoordinatoren jeden Fall genau abwägen.

Im Übrigen werde die zukünftige Regelung weitere Berufsgruppen vorrangig zu impfen, zu massiven Verschiebungen der Prioritäten und Abgrenzungsproblemen der Gruppen führen. Denn jetzt könne es passieren, dass jüngere Personen z.B. aus Schulen oder Kitas, freiwillige Helfer oder Mitarbeiter der Vollzugsdienste geimpft werden, gleichzeitig aber ältere oder kranke Menschen zurückstehen müssen. „Das hat alles seine Richtigkeit, zeigt aber, dass es die ‚reine Lehre‘ bei den Abläufen nicht gibt und vor Ort Abwägungen zu treffen sind und Kompromisse gefunden werden müssen. Wenn wir vor Ort keinen Handlungsspielraum haben, dann werden wir langsamer und zwar möglicherweise genau dann, wenn mehr Impfstoff kommt“, so der Landkreistag in seiner Pressemitteilung.

„Wir machen das! Die kommunale Verantwortung übernehmen wir gerne im Sinne unserer Bürgerschaft. Dann brauchen wir aber Entscheidungsfreiräume“, so der Vorsitzende des Landkreistages abschließend.